

V0600/22

Bedarfsdeckung bei der Kinderbetreuung
-Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 01.07.2022-

Stadtrat vom 26.07.2022

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0600/22 und der Antrag der Verwaltung V0676/22 werden gemeinsam behandelt.

Stadträtin Klein bedankt sich für die Zahlen, die ihnen geliefert wurden, wodurch der Antrag formell abgearbeitet sei. Aber sie müsse konstatieren, dass laut dem Antrag 187 Kinder bis zum 15.07. keinen Betreuungsplatz im vorschulischen Bereich bekommen hätten. Das seien wahrscheinlich 187 Familien, denen ab September nicht das Mindestmaß an Vereinbarkeit von Familie und Beruf geboten werden könne und das nach zwei Jahren Pandemie und Preissteigerungen, die die ein oder andere Familie an den Rand der Existenz treiben und im Jahr 2022, in dem man längst über die Frage nach Berufstätigkeit beider Elternteile hinweg sein sollte. Es bestehe ein Fachkräftemangel und man sehe auch die Bemühungen, die es innerhalb der Stadtverwaltung gäbe, dem Ganzen zu begegnen, führt Stadträtin Klein aus. Ob es nun die Arbeitsmarktzulage, an die die CSU nicht glaube, oder Arbeitsgruppen sind, dies seien Maßnahmen, die das Ziel haben sollten, mehr Fachkräfte für den Bereich zu gewinnen. Stadträtin Klein stellt fest, dass all diese Bemühungen nicht gereicht hätten, wenn 187 Kinder ohne Betreuungsplatz seien. Man müsse daraus ein größeres Thema machen, als man es bisher getan habe und könne nicht darüber hinweg gehen, als ob es nicht relevant wäre. Der Stellenwert, den dieses Thema hier im Stadtrat und auch in Ingolstadt habe, sei nach Stadträtin Kleins Erachten viel zu gering. Ihr fehle die Leidenschaft und das Thema sei nicht hoch genug aufgehängt. Es gehe auch um neue Maßnahmen, die man prüfen könnte, z.B.: Was sei mit einer kommunalen Initiative zusammen mit den freien Trägern bezüglich einer neuen Schule, um mehr Fachkräfte selber auszubilden? Was sei mit der Unterstützung von Elternnetzwerken, damit sich diese zumindest vorübergehend irgendwie selber helfen können? Deswegen sei ihr Antrag auch darauf gerichtet, dass Oberbürgermeister Dr. Scharpf dies zur Chefsache mache, damit auch die Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Familien merkten, dass sie wichtig seien und dass das Thema für die Stadt wichtig sei. Stadträtin Klein hat den Eindruck, dass zahlreiche Themen, die einen im Alltag bewegen, diskutiert würden, aber das Thema, das für so viele Menschen existenziell sei, immer wieder unter den Tisch falle und außerhalb der Wahrnehmung der Öffentlichkeit bleibe. Deshalb plädiert sie dafür, dem Ganzen mehr Raum und Öffentlichkeit zu geben, um bei den Bemühungen kreativer zu sein und diese weitreichender zu gestalten. Davon solle man am besten auch sehr kurzfristig etwas merken.

Stadträtin Klein bittet darum, dem Stadtrat über neue Bemühungen und Ideen und ob diese tatsächlich weiterverfolgt werden konnten, regelmäßig Bericht zu erstatten.

An Stadträtin Klein gewandt erwidert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass das Problem, nicht die geschaffenen KiTa-Plätze seien, da diese ausreichend seien, sondern die Betreuung, welches ein Riesenproblem darstelle. Man habe es nun mit der Arbeitsmarktzulage versucht, die im Stadtrat mit Mehrheit beschlossen wurde. Jedoch

bestehe auch das Problem der Pflegeboni, welche vom Freistaat für verschiedene Pflegeberufe in unterschiedlicher Höhe ausbezahlt würden. Für die Ausbildung der Kinderpflegerinnen sei der Pflegebonus so gering, dass er das Defizit der Träger nicht ausgleiche, sondern wegen des Schulgeldes, welches bei Inanspruchnahme des Pflegebonus nicht erhoben werden darf, noch erhöhe. Dies sei eine Schieflage, welche Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits mit drei Landräten in einem Schreiben an das zuständige Ministerium des Freistaats herangetragen habe. Man sei im Austausch mit dem bayerischen Landtagsabgeordneten, der seinerseits versuche, beim Freistaat Bayern das Thema zu adressieren und dort zu einer besseren Lösung zu kommen. Des Weiteren geht Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die angesprochene neue Schule seitens Stadträtin Klein ein und teilt mit, dass er mit den Vertreterinnen der Kinderpflegeschule in Ingolstadt in einem persönlichen Gespräch gewesen sei, welche ihm mitteilten, dass ohne Weiteres eine neue Gruppe eröffnet werden könne. Zwar könne ohne weiteres Kapazitäten geschaffen werden, aber dem stünden die derzeitige rechtliche Grundlage und die aktuellen Rahmenbedingungen im Wege, bei denen sich etwas ändern müsste. Des Weiteren geht Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf den angesprochenen Punkt „Chefsache“ von Stadträtin Klein ein und betont, dass man anhand seiner Ausführungen sehe, dass er sich bereits seit längerer Zeit höchstpersönlich darum kümmere. 187 Kinder seien viele und das sei wiederum doppelt so ärgerlich, da man seine Hausaufgaben, nämlich die Schaffung von baulichen Voraussetzungen durch die Stadt gemacht habe, es aber leider an den Fachkräften fehle. Nächste Woche sei das nächste Landrätetreffen in Pfaffenhofen, informiert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, bei dem das Thema auf der Tagesordnung stehe. Man sei schon dabei, arbeite zusammen und versuche alle Maßnahmen auszuschöpfen, denn am Geld dürfe es nicht scheitern.

Herr Engert widerspricht Stadträtin Klein, dass das Thema eine hohe Priorität und Wichtigkeit habe. Man habe über wenig Themen so intensiv diskutiert wie über die Frage der Kinderbetreuung und der Personalausstattung in den Ingolstädter Einrichtungen. Die Arbeitsmarktzulage, ein sehr aufwändiges Instrument, welches anfangs sehr umstritten war, habe man eingeführt, um nicht nur neue Arbeitskräfte zu gewinnen, sondern auch die aktuellen Erzieherinnen und Pflegerinnen zu halten. Man versuche auf allen Ebenen, bei diesem Problem voranzukommen und trotzdem werde es die nächsten Jahre sehr schwer sein, alle Stellen zu besetzen. Würzburg, Regensburg und Landshut hätten jeweils 900 unbetreute Kinder und Augsburg 1.500, nennt Herr Engert die Zahlen, die aus dem Arbeitskreis „Kommunale KiTa-Träger“ beim Bayerischen Städtetag in der letzten Woche genannt worden seien. Diese Städte hätten nicht nur keine Erzieherinnen, ihnen fehlten auch die baulichen Voraussetzungen dafür. Insofern habe man sich wirklich bemüht und bemühe sich weiter, das Thema voranzubringen. Dieses sei jedoch extrem komplex. Der Freistaat Bayern könnte den Kommunen an der Stelle zum Beispiel durch die Lockerung des Fachkräftegebots helfen, erwähnt Herr Engert. Man bekäme beim ständigen Austausch mit den Eltern deren Vorstellung, man solle einfach jemanden einstellen, der die Kinder betreue, mit. Jedoch dürfe man Kinder nur durch Fachkräfte betreuen lassen. Eine Lockerung des Fachkräftegebots bedeute eine deutliche Verbesserung der Situation. Wenn heute jemand einen Bachelor in Pädagogik hat, dürfe er ohne weitere Ausbildung zum Erzieher keine Kinder betreuen. Man dürfe so jemand daher nicht anstellen. Herr Engert stellt zugleich klar, dass er nicht der Meinung sei, dass man jeden anstellen könne. Wenn das Fachkräftegebot aber maßvoll gelockert werden würde, könne man infolgedessen mehr Kräfte anstellen. Jedoch sei jeder Versuch, das zu erreichen, gegenüber dem Sozialministeriums bisher gescheitert. Herr Engert bekräftigt, er habe es verschiedentlich über den Städtetag versucht, jedoch müsse auch da etwas mehr Bewegung entstehen, damit die Situation verbessert werden könne.

Stadträtin Mayr wirft die Frage auf, ob die Möglichkeit bestünde, über einen Zeitraum von drei Jahren parallel zur Arbeitsmarktzulage, die Reduzierung des Fachkräftegebotes, speziell für den Fall der nicht Verfügbarkeit von Erzieherinnen, beim Sozialministerium zu beantragen. Dies könne explizit gerne in der Form eines Stadtratsauftrags und mittels einer Resolution flächendeckend aus dem Stadtrat heraus erfolgen und an das Sozialministerium weitergegeben werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf befürwortet den Vorschlag seitens Stadträtin Mayr. Er stellt dies gerne zur Abstimmung, da er von einem einstimmigen Votum des Stadtrates ausgehe.

Es gehe genau darum, anzufangen u. a. auch mit der Öffentlichkeit über das Thema zu diskutieren, betont Stadträtin Klein. Damit die Eltern merken, dass man sich um sie kümmere und sie nicht egal seien, müsse gerade bei Themen, die andere Ebenen betreffen, der öffentliche Druck verstärkt werden. Zwar gebe es auch innerhalb der Verwaltung viele Bemühungen in diesem Bereich, jedoch lägen diese meist unterhalb der Wahrnehmungsgrenze. Man bekomme nur eine Mitteilung aus dem Amt, dass aufgrund von Personalmangel kein Platz da sei. An diesem Punkt stünden jetzt diese Personen und wüssten nicht, wie lange die Wartezeit sei, wie gut die Aussichten auf einen KiTa-Platz seien und was überhaupt gemacht werde. Es sei schon ein Anfang, dass begonnen werde, über das Thema zu reden und dem Ganzen grundsätzlich mehr Raum zu geben. Damit würde man den Eltern die Wichtigkeit, dass sie einen Kinderbetreuungsplatz erhalten, signalisieren.

Stadträtin Bulling-Schröter weist darauf hin, dass bei der großen Debatte damals im Stadtrat DIE LINKE fünf Anträge eingebracht habe. Über drei der Anträge sei abgestimmt worden und zwei befänden sich noch in der Pipeline. Bei diesen Anträgen ginge es um die Ausbildung, die Praktika der Betreuerinnen, welche dementsprechend mehr Geld erhalten sollen und die zusätzlichen Boni, die an die Betreuerinnen und Kindergärtnerinnen gezahlt werden sollen, um diese nach Ingolstadt zu binden. Man habe eigentlich in der letzten Stadtratssitzung beschlossen, dass die Anträge heute mit abgestimmt würden. Der Bildungsreferent habe jedoch mitgeteilt, dass die Ämter aufgrund einer aktuell bestehenden Rechtsfrage, über die mögliche verbindliche Verpflichtung von Anwärterinnen, wenn diese Unterstützung in Form einer günstigeren Wohnung oder Subventionen für eine INVG-Karte erhalten, für eine Abstimmung noch nicht soweit sei. Es gäbe hierbei noch Differenzen, aber die Anträge, die aktuell vorliegen, sollten diskutiert und nicht so getan werden, als ob nichts unternommen worden wäre. Des Weiteren macht Stadträtin Bulling-Schröter darauf aufmerksam, dass diese Anträge der Wunsch der Anwärterinnen seien, die zwar gerne ein Praktikum absolvieren würden, es sich jedoch aufgrund der geringen Vergütung nicht leisten können. So habe zum Beispiel eine Anwärterin erklärt, dass sie ihre Wohnung aufgeben müsse, um diese Ausbildung ordnungsgemäß absolvieren zu können. Dies dürfe nach Stadträtin Bulling-Schröters Meinung überhaupt nicht sein, weswegen eine mögliche Unterstützung unbedingt notwendig sei. Neben diesen Anträgen, bei denen versprochen wurde, dass diese im Oktober im Stadtrat behandelt werden würden, könnten noch weitere folgen. Stadträtin Bulling-Schröter stellt die Frage, was dagegen spräche, dass sich der bayerische Ministerpräsident selbst aktiv in diese gesamte Diskussion einmische und man vom Land Gelder zur Verfügung gestellt bekomme, die den Anreiz verfolgen, dass sich mehr Menschen für diesen Beruf entscheiden. Damit bestünden in Ingolstadt bzw. in ganz Bayern nicht diese großen Defizite.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf ein eingegangenes Schreiben einer Mutter, welcher aufgrund einer akuten Personalsituation der KiTa-Platz kurzfristig abgesagt worden

sei. Für die Mutter sei dies im Hinblick auf ihre Arbeitsstelle nun eine schwierige Situation. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält es für richtig, diesem Thema absolute Priorität zu geben. Es könne nicht sein, dass 187 Plätze einfach fehlten, bei denen Eltern in solch schwierige Situationen kämen. Man müsse alles Mögliche tun, um hierbei gegenzusteuern. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll glaubt, dass auch eine pragmatische Lösung, sofern diese pädagogisch vertretbar wäre, sinnvoll sei. Sie wolle gar nicht lange warten. Die Absenkung der Fachkräftequote würde sie ebenso unterstützen, wenn der Stadtrat entsprechend ein Votum abgäbe, mit dem man in München vorstellig werden könnte. Außerdem interessiert Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, ob sich die Arbeitsmarktzulage bereits in irgendeiner Weise positiv bemerkbar gemacht habe bzw. ab welchem Zeitpunkt man dazu Erkenntnisse habe.

Bei der Diskussion um die Arbeitsmarktzulage habe man bereits festgestellt, dass die Evaluation nicht einfach sei, erklärt Herr Engert. Es solle aber eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt werden, was in dem heutigen Beschluss, der bereits Zustimmung gefunden hat, festgehalten sei. Mittels dieser Befragung werde auch abgefragt, welche Auswirkungen die Arbeitsmarktzulage nach Meinung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihre Entscheidung, in Ingolstadt zu bleiben bzw. nach Ingolstadt zu kommen, hatte, um so deren Wirkung festzustellen. Herr Engert glaubt, dass dies die seriöseste Art und Weise sei, um festzustellen, ob die Arbeitsmarktzulage einen positiven Effekt habe. Man sei der Meinung, dass sie auf jeden Fall etwas bringe, da sie schon allein die aktuellen Mitarbeiter halte, dies sei jedoch beim letzten Mal schon diskutiert worden. Herr Engert betont, dass er bei der Diskussion um die Arbeitsmarktzulage bereits gesagt habe, dass es zu wenig Erzieherinnen gebe, man bei einer Schwangerschaft, die bei 400 jungen Frauen durchaus häufiger der Fall sei, sofort im Beschäftigungsverbot lande und auch noch Corona präsent ist. Das sei eine dramatische Situation und es passiere immer wieder, dass sich in einer Einrichtung mehrere Erzieherinnen mit dem Coronavirus infizierten und infolgedessen nicht arbeiten dürften. Da bleibe nichts anderes übrig, als die Einrichtung vorübergehend zu schließen, was für die Eltern verheerende Auswirkungen habe.

Stadtrat Schäuble stimmt zu, dass die Situation dramatisch sei. Er erlebe selbst, dass der Hort früher schließt und die KiTa bzw. der Hort ab und zu ganz geschlossen haben. Die Betreuungssituation sei auch für ihn eine ständige Herausforderung. Das Thema genieße bei der FDP allerhöchste Priorität. Man habe sich über die Frage der Zulage bereits unterhalten und aus der Sicht der FDP durchaus Alternativen aufgezeigt. Stadtrat Schäuble glaubt, dass man diese Alternativen trotzdem weitergehen sollte. Er stellt sich aber auch die Frage, wie man mehr Leute in die Ausbildung bekäme und ob man diese Personen bezahlen könne? Stadtrat Schäuble hat zwar eine grobe Vorstellung, aber keinen detaillierten Einblick, weswegen er darum bittet, in der Oktobersitzung darzustellen, welche Maßnahmen geplant und was genau möglich sei. Mittels dieser Darstellung wolle er sich einen Gesamtüberblick über die Personalgewinnungsmaßnahmen und auch welche Firmen involviert wären, verschaffen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert zu, dem Ministerium einen Antrag auf Änderung der Fachkraftquote zu stellen.

Stadtrat Schäuble verweist auf die Formulierung von Herrn Engert. Dieser habe angeregt, den Begriff Fachkraft zu erweitern und nicht die Fachkraftquote zu verändern. Stadtrat Schäuble spricht sich für die Erweiterung des Fachkräftebegriffs aus.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt vor, dass der Referent einen Formulierungsvorschlag erstellt.

Stadträtin Mayr stimmt Stadtrat Schäuble zu und weist daraufhin, dass das einzige Problem jedoch sei, dass der Vorschlag die Änderung des Gesetzes benötige. Das andere sei, dass das Sozialministerium bewusst für einen gewissen Zeitraum die Fachkraftquote aushebeln könnte. Dies sei zwar sehr schwierig, jedoch sei dafür keine Gesetzesänderung erforderlich.

Die Fachkraftquote bedeute, dass man weniger Erzieherinnen brauche, um eine Einrichtung zu betreiben und stattdessen Kinderpflegerinnen, die man aber auch nicht habe, die der Markt auch nicht hergebe, erklärt Herr Engert. Das heiße, dass nur eine Veränderung der Fachkraftquote die Situation nicht wesentlich verändere. Entscheidend sei, den Begriff der Fachkraft etwas weiter zu definieren. Es wäre auch durchaus möglich, in dem der Bachelor Pädagogik allgemein aufgenommen würde. Außerdem könnte man auch bei den sogenannten Ergänzungskräften, also Kinderpflegerinnen, den Begriff erweitern. In der verlängerten Mittagsbetreuung seien zur Kinderbetreuung Mitarbeiterinnen angestellt, die dies jedoch im Kindergarten oder Hort nicht dürften, weil sie die Voraussetzung der Fachkraft nicht erfüllen. So dürfe dieselbe Frau, die in dem einen Raum Kinder der Mittagsbetreuung betreut, dies nebenan in einem Raum des Horts nicht tun. Dies sei sehr schwer nachvollziehbar, findet Herr Engert. Es würde eine enorme Erleichterung bedeuten, wenn der Begriff ausgeweitet würde, um dann beispielsweise erfahrene Kräfte aus der Mittagsbetreuung direkt als Kinderpflegerin anzustellen. Herr Engert schlägt vor, den Brief des Oberbürgermeisters mit Einverständnis des Stadtrats so zu formulieren, dass dieser das erfasse, was man wirklich brauche, um den ein oder anderen schneller und einfacher gewinnen zu können. Den Inhalt könne er nicht aus dem Handgelenk formulieren, da die Materie zu schwierig sei, schließlich solle das genau passen und stimmen. Die Stoßrichtung sei klar ersichtlich, entgegnet Oberbürgermeister Dr. Scharpf und meint, dass man ein Votum des Stadtrats des Ministeriums mitgeben könne.

Damit besteht seitens der Stadratsmitglieder Einverständnis.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen den Bericht zur Kenntnis.